

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verantwortlicher: Amt Norden 2893 und 2896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Verantwortlicher: Amt Norden 11007 und 11008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, am Sonntag und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postumsliste für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zusendung unter Streifenband 4 M.

Berliner Organ

Inseratskosten die Nebenspaltsene Nonpareilzeile ober deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Die dreispaltige Reklamazeile 3 M., Teuerungszuschlag 80 %. Bei Familienanzeigen, Besondereanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserats für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, abgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Sonntag, den 21. Dezember 1918

Nummer 68

Hochverrat des Zentrums.

„Selbständige Republik Oberschlesien.“

Breslau, 20. Dezember. (W. L. V.) Die oberschlesische Zentrumspresse enthält in ihrer Ausgabe vom 18. Dezember eine übereinstimmend lautende Erklärung, die zur Bildung einer unabhängigen Republik Oberschlesien unter der Garantie von Deutschland, Polen und dem Tschechenstaat auffordert.

Hierzu teilt das polnische Kattowitzer Blatt „Gazeta Lubowa“ vom 20. Dezember mit, daß von den Anhängern dieser Idee bereits drei Abgesandte nach Prag geschickt worden seien, um mit Masaryk zu verhandeln. Dieser habe ihnen erklärt, daß die Tschechen Anspruch auf Teile Oberschlesiens machten, aber einer Republik Oberschlesien sympathisch gegenüberständen. Alles hänge von der Entente ab. Er habe einen Kurier nach Paris geschickt, um über diese Frage Bescheid zu erhalten.

Nach Bayern, Rheinland, nun auch Oberschlesien! Das Zentrum betreibt immer offener den schamlosesten Hochverrat! Die Treibereien in Oberschlesien sind um so verführerischer, als es das stärkste Interesse Deutschlands ist, eine Lebensfrage für seine Wirtschaft, das Oberkiesien im deutschen Wirtschaftsgebiet verbleibt. Und das Zentrum fädelt nun eine Verschwörung mit den annerkennungswürdigen polnischen und tschechischen Regierungen ein, um ihnen bei der Loslösung zu helfen und ruft sie als Protektoren an!

Das ist wackler Verrat. Das Zentrum wendet sich gegen das deutsche Volk in der Stunde der höchsten Not, um es zu zerschlagen und zu zerstören. Aus den Stücken will es neue Machtgebiete für die kaiserliche Herrschaft formen! In der Tat, das alte Wort bleibt wahr: Der Merkantilismus, das ist der Feind.

Unzulässige Wahlbeeinflussung. Wahlaufruf eines Generals.

Karlsruhe, 21. Dezember. Der kommandierende General des 14. (bavischen) Armeekorps, General von Sontard, hat zu den kommenden Wahlen einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: Mit der Zulassung des Wahlrechts hat die Politik in das Heer Eingang gefunden. Wir sind eine politische Körperschaft geworden und haben, wie alle anderen Berufe, Wahlpropaganda zu treiben. Ein großes Ziel gilt es zu erreichen, nämlich den Frieden nach außen und innen. Der General führt dann aus, wie notwendig die Nationalversammlung sei, um zum Frieden zu kommen. Die letzte und schlimmste Gefahr, den Einmarsch der Feinde, werden wir abwehren helfen, indem wir die jetzige Regierung gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten unterstützen. Die letzten gegen die Anarchie und den Bolschewismus, die zur völligen Zerstörung des Erwerbslebens und zum Hungertod führen. Unsere Stimmen müssen also den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien, die sich vereinigt gegen die Spartakusgruppe wenden, gehören. Es wird hier nicht dem Weisheit zu einer bestimmten Partei das Wort geredet. Jeder kann nach seiner politischen Überzeugung wählen. Der Schluß des Aufrufes fordert das Heer auf, hinter den Parteien zu stehen, die mit der Regierung die Ordnung im Lande und die Verhandlungsfähigkeit mit dem Feinde erstreben.

Der Wahlaufruf General v. Sontards muß auf das Schärfste verurteilt werden. Der General kann als Privatperson tun und lassen, was er will. Aber als Kommandeur eines Armeekorps hat er sich jeder Beeinflussung seiner Soldaten, jeglichen Druck in irgendeiner bestimmten politischen Richtung zu enthalten. In dem Aufruf heißt es zwar, jeder könne nach seiner politischen Überzeugung wählen. Aber diese Worte werden nur als Heiligenblatt gebraucht für eine Agitation gegen eine bestimmte

politische Richtung, und zwar gegen die Spartakusgruppe. Wir müssen von der Regierung auf das entschiedenste verlangen, daß sie einer derartigen Wahlagitation sofort ein Ende setzt.

Ein Verfassungsentwurf.

Der Staatssekretär des Innern Dr. Brauh hat in der vorigen Woche mit hervorragenden Staatsrechtslehrern die Frage der deutschen Verfassung theoretisch erörtert. Ueber die Gesichtspunkte, die dabei im Vordergrund standen, machen die „Düsseldorfer Nachrichten“ nähere Angaben:

An die Spitze der Reichsregierung tritt ein gewählter Präsident, dessen amtliche Befugnisse nach der verfassungsmäßigen Seite hin ungefähr in der Mitte liegen sollen zwischen den höchsten, die verfassungsmäßig dem Präsidenten der Vereinigten Staaten einerseits und dem König von England andererseits zugehen. Dieser Präsident wird sich dann sein Kabinett nach streng parlamentarischen Grundsätzen selbst zusammenstellen, in bewußter Abweichung also von amerikanischen Verhältnissen. Daneben wird nach dem Muster des deutschen Bundesrates, wie er unter dem alten Regime bestand und auch jetzt noch amtiert, ein Staatenhaus aus Bevollmächtigten der verschiedenen Bundesrepubliken gebildet werden, das ungefähr dem amerikanischen Senate entsprechen dürfte und das, entgegen den Befugnissen des Bundesrates, weniger ein Organ der Verwaltung, als der Gesetzgebung bilden wird. Die Reichsregierung wird scharf unitarisch sein, jedenfalls in weit höherem Maße, als unter dem alten Regime. Dabei aber soll die Zentralisation nicht soweit getrieben werden, daß etwa die Selbständigkeit der einzelnen Bundesrepubliken aufgehoben wird. Gewisse kulturelle, wirtschaftliche und soziale Gebiete werden deren Verwaltung reserviert, andere dagegen, wie Eisenbahnen, Heereswesen, Zollwesen, Postwesen, Steuernwesen usw., sollen der Reichsverwaltung zugehen. Wieviel Bundesrepubliken gebildet werden sollen, steht noch nicht fest. Man glaubt aber, daß man ungefähr auf 14 bis 15 deutsche Bundesrepubliken zählen kann.

Soweit die Angaben, die für eine eingehendere Beurteilung noch nicht genügen. Nur das kann schon gesagt werden, daß die Bestimmungen, die einen Präsidenten und ein Staatenhaus vorsehen, wohl sehr ansehbar sind.

Von der Internationale.

Bern, 20. Dezember. Die „Progrès de Lyon“ aus Paris erfährt, hat der ständige Verwaltungsausschuß der Sozialistischen Partei beschlossen, Hundmann zu benachrichtigen, daß die französischen Delegierten sowohl nach Genf als auch nach Lausanne kommen werden. Die Hauptsache sei, daß das Bureau der Internationale und später der Internationale Kongress zusammentrete.

Die Bolschewisten in Lettland.

In Lettland hat sich, wie uns gemeldet wird, eine Sowjet-Regierung mit dem Sitz in Riga konstituiert. An ihrer Spitze steht Stučka, der in einer Proklamation erklärte, daß das Land fortan unter den Befehlen der revolutionären Sowjetmacht stehe. Zugleich wurde die Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden ausgesprochen.

Ein Aufruf des Roten Kreuzes.

Bern, 20. Dezember. (Schweizerische Depeschagenagentur.) Aus Genf wird gemeldet: Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz erläßt einen Aufruf, in dem der Freude über das Ende des Krieges Ausdruck gegeben wird und die zukünftigen Aufgaben des Komitees zur Linderung der Leiden des Krieges und der Tuberkulose geprüft werden, für welche auch die Gesetzgebung eintreten sollte. Das Komitee schlägt eine Konferenz vor, auf der alle Staaten und die Organisationen des Roten Kreuzes die Lösung der dringendsten und schwierigsten Fragen beraten würden. Erste Aufgabe des Friedens ist die Hilfe für die unglücklichen Opfer des Krieges, den hoffentlich zum letzten Male die Welt verheerte.

Verbundene Listen.

K. N. Die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 werden zum erstenmal auf Grund eines Wahlsystems stattfinden, das, soweit überhaupt möglich, den Grundsätzen der Demokratie und der Gerechtigkeit entspricht. Männer und Frauen sind in gleicher Weise berufen, ihre Stimme abzugeben, keine Bevorzugungen einzelner Klassen oder Berufe finden statt, und auch die Minderheiten sollen eine der aufgetragenen Stimmengahl entsprechende Vertretung im Parlament finden.

Zu diesem Zweck ist das Verhältniswahlrecht vorgelesen. Das Gebiet des Reiches ist in 37 große Wahlbezirke eingeteilt, von denen jeder eine größere Anzahl von Vertretern in die Nationalversammlung zu entsenden hat. Die einzelnen Parteien reichen Listen ein, die so viele Namen enthalten können, wie insgesamt Vertreter zu wählen sind. Um zu ermitteln, wieviele Kandidaten von jeder Partei als gewählt zu erklären sind, werden die für jede Abgegebenen Stimmen nach einem ganz bestimmten System gegeneinander abgewogen. Man teilt jede dieser Stimmengahlen nacheinander durch 1, 2, 3, 4 und so weiter, bis von den sich hierbei ergebenden Teilzahlen so viele Höchstzahlen der Größe nach ausgegliedert werden können, als Abgeordnete in dem betreffenden Wahlkreis zu wählen sind. Ein Beispiel mag das erläutern. Es sollen etwa in X. elf Mandate zu besetzen sein. Vier Parteien haben Listen eingereicht. Die mehrheitssozialistische mag es auf 600 000 Stimmen gebracht haben, die Liste der Unabhängigen auf 420 000 Stimmen, eine demokratische Liste auf 24 000, eine konservative auf 110 000. Man stellt diese Zahlen nun nebeneinander und beginnt die Teilung:

	I	II	III	IV
Teilung durch 1:	600 000	420 000	24 000	110 000
Teilung durch 2:	300 000	210 000	12 000	55 000
Teilung durch 3:	200 000	140 000	8 000	36 667
Teilung durch 4:	150 000	105 000	6 000	27 500
Teilung durch 5:	120 000	84 000	4 800	22 000
Teilung durch 6:	100 000	70 000	4 000	18 333

Da elf Kandidaten zu wählen sind, sind nunmehr die elf höchsten Zahlen auszufordern; es sind dies 600 000 (Liste I), 420 000 (Liste II), 300 000 (Liste I), 224 000 (Liste III), 210 000 (Liste II), 200 000 (Liste I), 150 000 (Liste I), 140 000 (Liste II), 120 000 (Liste I), 112 000 (Liste III) und 110 000 (Liste IV). Liste I kommt bei dieser Ausföderung fünfmal vor; von ihr sind daher fünf Kandidaten als gewählt zu betrachten. Liste II kommt dreimal vor, von ihr gelten also drei Namen als gewählt. Von Liste II kommen zwei Zahlen in Betracht, sie stellt daher zwei Abgeordnete, und von Liste IV, die nur einmal in der Reihe der ausgegliederten Zahlen erscheint, gilt nur der erstgenannte Kandidat als gewählt.

Dieses Verfahren kann dadurch abgeändert werden, daß zwei oder mehr Parteien ihre Listen als miteinander verbunden bezeichnen. Das hindert nicht, daß jede Partei ihre eigene Kandidatenliste aufstellt und für sich allein den Wahlkampf führt. Der Wähler hat keine Stimme ausschließlich für diejenige Liste abzugeben, die von „seiner“ Partei aufgestellt ist. Die „Verbindung“ der Listen spielt nur bei der Berechnung des Wahlergebnisses eine Rolle. Hier werden nämlich die Stimmengahlen, die für die „verbundenen“ Listen abgegeben wurden, nicht mehr jede für sich durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt, sondern sie werden zusammengefaßt, und die Division erfolgt auf der Summe der für die verbundenen Listen abgegebenen Stimmengahlen. Das kann unter Umständen dazu führen, daß die Zahl der Mandate, die den verbundenen Listen zufällt, größer ist, als wenn die Teilung auf jeder einzelnen Stimmengahl erfolgte. Wichtiger, als diese Möglichkeiten mathematisch zu beweisen, erscheint es, sie wieder an einem Beispiel praktisch klarzumachen.

Nehmen wir an, in dem bereits genannten Wahlkreis X hätten die beiden sozialdemokratischen Parteien eine Verbindung ihrer Listen beschlossen. Dann wären bei der Teilung folgende Grundzahlen zugrunde zu

Legen: 1 020 000 (Liste I und II gemeinsam), 224 000 (Liste III), 110 000 (Liste IV), und die Teilung hätte folgendes Ergebnis:

Table with 4 columns: List (Liste I u. II, III, IV) and 10 divisions (Teilung durch 1-10) with corresponding numbers.

Werden jetzt die elf Höchstzahlen herausgenommen, so sind dies die folgenden: 1 020 000 (Liste I und II), 510 000 (Liste I und II), 340 000 (Liste I und II), 255 000 (Liste I und II), 224 000 (Liste III), 204 000 (Liste I und II), 170 000 (Liste I und II), 145 000 (Liste I und II), 127 500 (Liste I und II), und 113 333 (Liste I und II); das heißt: auf die beiden sozialdemokratischen Parteien zusammen fallen bei dieser Ausrechnung zehn Mandate, während bei der Nichtverbindung ihrer Listen beide Parteien gemeinsam nur acht Abgeordnetensitze erringen könnten, die bürgerlichen Demokraten, die bei der ersten Berechnung zwei Mandate erwerbten, müssen sich jetzt mit einem begnügen, und die Konservativen, die zunächst einen Kandidaten als gewählt bezeichnen konnten, gehen ganz leer aus.

Die Auseinandersetzung zwischen den Parteien, die mit verbundenen Listen vorgingen, über die Verteilung der von ihnen gemeinsam eroberten Mandate kann dann nachträglich wieder nach dem Verhältnis der für jede Liste einzeln abgegebenen Stimmen erfolgen. In unserem Beispiel hätten also jetzt die beiden sozialistischen Parteien zehn Abgeordnetensitze proportional den Zahlen 600 000 und 420 000 zu verteilen. Das ergibt folgende Rechnung:

Table with 2 columns: List (I, II) and 6 divisions (Teilung durch 1-6) with corresponding numbers.

Die Höchstzahlen sind 600 000 (Liste I), 420 000 (Liste II), 300 000 (Liste I), 210 000 (Liste II), 200 000 (Liste I), 150 000 (Liste I), 140 000 (Liste II), 120 000 (Liste I), 105 000 (Liste II), 100 000 (Liste I). Es würden also die Mehrheitssozialisten schließlich auf sechs Sitze, die Unabhängigen auf vier kommen.

Nicht in allen Fällen wird natürlich die Verbindung zweier Listen dazu führen, daß die beiden Parteien dadurch insgesamt zwei Mandate mehr erhalten; zumal dann nicht, wenn auch die anderen Parteien sich auf eine Verbindung ihrer Listen einigen. Aber in jedem Falle gibt eine Verbindung der Listen eine bessere Möglichkeit, die Stimmen auszuwerten.

Daß die bürgerlichen Parteien bei den bevorstehenden Wahlen im weitesten Umfange ihre Listen verbinden werden, steht außer allem Zweifel. Und schon diese Tatsache müßte den sozialdemokratischen Parteien nahelegen, auch ihrerseits Abmachungen über die Vereinerung ihrer Stimmengahlen für die erste Berechnung der Mandatverteilung zu treffen.

Keine der sozialdemokratischen Richtungen würde sich damit das geringste vergeben. Es brauchte kein gemeinsamer Wahlkampf stattzufinden, die Gegenüber brauchten nicht versucht zu werden, die Anhänger der Mehrheitssozialisten brauchten nur für eine aus Mehrheitssozialisten zusammengesetzte Liste zu stimmen, die Anhänger der Unabhängigen nur für eine Liste, auf der ausschließlich die Namen von Unabhängigen stehen. Vorteile, die durch die Verbindung der Listen erzielt würden, kämen beiden Richtungen gleichmäßig zugute.

Theoretisch besteht die Möglichkeit, durch eine derartige Offenverbindung in den 37 Wahlkreisen insgesamt 74 Sitze für die sozialdemokratischen Parteien mehr zu erobern als ohne diese Verbindung. 74 Sitze weniger in bürgerlichem Besitz — was das heißen will, wird sich aber schließlich jeder selbst klarmachen können. Es wäre verfehlt, wollte man aus einem sonderbaren Parteiengemisch heraus diese Möglichkeit aufs Spiel setzen, bloß

weil von den so gewinnbaren 74 Sitzen einige auch der anderen Richtung der Sozialdemokratie, nicht der eigenen Partei zufallen könnten. Man mag gegen die Mehrheitssozialisten einwenden, was man will; ihre Anhänger stehen uns näher als irgendeine bürgerliche Partei, und wir können uns besonders in dieser Zeit, wo es gilt, die Revolution zu sichern, nicht den Luxus erlauben, die Bourgeoisie zu stärken auf Kosten irgendeiner sozialistischen Parteiichtung.

Die Kommandogewalt — eine Gefahr für die Revolution.

Zu den Enthüllungen des Genossen Braß in der Reichskonferenz der A- und B-Käte am 12. Dezember wird und von einem Frontsoldaten geschrieben:

Da ich selbst zur 18. Armee gehörte, war mir Gelegenheit geboten, einen Erlaß des A. O. R. 18 zu lesen, demzufolge die 18. Armee und einzelne benannte Divisionen bis zum allgemeinen Friedensschluß befehlen bleiben sollten zum Grenzschutz. Es wurde für diesen Zweck ein früherer Erlaß aufgehoben, der besagte, daß alle Jahrgänge, außer den in den Jahren 96, 97, 98 und 99 geborenen, sofort entlassen werden sollen, wenn sie auf dem Wege nach den Ersatztruppenteilen ihre Heimat befehlen.

Ich selbst gehörte zur 2. Infanterie-Division, einer der Divisionen, die zum Grenzschutz bestimmt waren. Da wir aber, und nicht ganz mit Unrecht, vermuteten, daß diese Maßnahmen der Gegenrevolution dienen sollten, zogen wir die Konsequenzen, indem fast alle Älteren Jahrgänge meiner Kompanie den Rücken kehrten, um mit dem nächsten Zuge der Heimat zuzueilen.

Daß man in Offizierskreisen noch nicht die Hoffnung aufgegeben hat, daß das alte System noch einmal wieder siegen wird, darauf deutet das ganze Benehmen dieser Herren und auch die Behandlung der Soldatenräte bei vielen Fronttruppenteilen hin. Da ich selbst zum Soldatenrat eines Pionier-Bataillons gehört habe, kann ich das gut beurteilen. Auch über die Zustände in der Heimat sind wir nur einseitig informiert worden. Täglich wurden Vorlesungen gehalten über das „Wüten der Bolschewiken“ nur zu dem Zweck, die Erfolge der Revolution herabzusetzen, und um Verwirrung zu stiften. Auf unseren Marsch durch Belgien, das linke Rheingebiet und auf dem rechten Ufer bis nach Siegen bestand unsere ganze Information in der Entgegnung der Armees- und Divisionsbefehle und einiger freigelegter Erlasse, aber nur derjenigen, die den Soldaten zur Kenntnis bringen, daß den Offizieren die Kommandogewalt und Rangabzeichen wie bisher verbleiben, also nur von Pflichten der Kommandanten, aber nie von Rechten die Rede war. Und in Siegen war es uns möglich, einen Einblick in die Untätigkeit in der Heimat zu gewinnen.

Die obenstehende Aufschrift bestätigt, wie dringend notwendig die von den Delegierten der Berliner Truppenteile aufgestellten Forderungen auf Abschaffung der Kommandogewalt waren, die im großen und ganzen vom Rätekongreß angenommen worden sind. Die Regierung wird nun mit allem Nachdruck dafür zu sorgen haben, daß die Weisungen des Kongresses schleunigst durchgeführt werden. Jeder Versuch einer Verschönerung oder Verschleppung würde von den Soldaten und Arbeitern als Begründung der Gegenrevolution angesehen und demgemäß geverteilt werden.

Die militärische Konterrevolution.

Daß die höheren Kommandostellen trotz der Versicherung, sich der neuen Regierung zur Verfügung zu stellen, immer noch Anordnungen treffen, die darauf berechnet sind, der Revolution Schwierigkeiten zu bereiten und die neuen Verhältnisse zu unterminieren, beweist erneut ein Fall, der sich bei dem Heimtruppenteil eines braunschweigischen Armeekorps-Bataillons zugefallen hat. Das Bataillon sollte nach einer Meldung der „Braunschweigischen Sozialistischen Landeskorrespondenz“ am 10. Dezember in Braunschweig einmarschieren. Quartiermacher waren bereits dort eingetroffen. Das Bataillon jedoch blieb aus. Eine Nachschau ergab, daß es in Bechte liegt und dort demobilisiert wurde. Es hatten sich nämlich inzwischen ungläubliche militärische Wochenschriften abgespielt. Die Soldaten hatten wahrgenommen, daß sie auf Kreuz- und Querfahrten nicht nach Braunschweig, sondern nach dem Munsterlager gedrängt

werden sollten. Da das Bataillon nur aus Braunschweigern bestand, bemüht sich dieser eine ungeheure Erregung. Sie griffen zu den Waffen und verlangten, daß man sie nach Braunschweig führe. Zugleich zogen die Soldaten familiäre Wehren, drangen auf den Zugführer ein und brachten auf diese Weise den Zug schließlich in Bechte zum Stehen. Das Generalkommando des X. A. R. wurde sofort um Auflösung ersucht und antwortete: „In Braunschweig sind Unruhen ausgebrochen. Aus Gründen der Sicherheit, und um das Leben der Truppen zu schonen, leiten wir die Truppen nicht nach Braunschweig, sondern nach dem Munsterlager.“

Man sieht sehr, daß seit den ersten Revolutionstagen sich in Braunschweig „Unruhen“ überhaupt nicht mehr zugegetragen haben. Es ist dort so still, wie im tiefsten Frieden. Das Generalkommando hat also bewußt Lügen und Verleumdung verbreitet, um Unordnung und Verwirrung anzuküpfen. Vielleicht war es seine stille Absicht, das Bataillon im Munsterlager neu zu drillen und es zu konterrevolutionären Maßnahmen verwenden. Der Vorfall zeigt, daß es höchste Zeit ist, mit den Ueberbleibseln des feigen Militarismus gründlich aufzuräumen. Die gegenrevolutionären Treiber der alten Militärkaste sind keine Produkte der Phantasie, sondern eine Tatsache, die nur durch energisches Zutreten aus der Welt geschafft werden kann.

Die russischen Verluste während des Weltkrieges.

Bern, 20. Dezember. (Z. U.) Einer Meldung des „Intelligenz-Blattes“ aus Madrid zufolge erklärte der dortige russische Botschafter: Die russischen Verluste betragen nach offiziellen Angaben während des Krieges an Toten 1 700 000, an unheilbar Verwundeten 1 450 000, an Verwundeten 3 1/2 Millionen, an Gefangenen 2 1/2 Millionen Mann, was einen Gesamtverlust von 9 150 000 Mann ergibt.

Der Völkerbund.

Rotterdam, 20. Dezember. Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt: Der Entwurf des britischen Auswärtigen Amtes über einen Völkerbund geht dahin, daß eine Kommission ad hoc ernannt werden soll, die ihren Sitz in einem neutralen Lande haben soll. Es wird ihre Aufgabe sein, Streitfragen zu untersuchen und den Mächten Vorschläge zu erteilen. Sie soll offenbar nicht über Machtmittel verfügen und würde am ehesten mit der Abteilung des Handelsamts verfahren werden können, die sich mit der Beilegung von Streitigkeiten befaßt. Die Kommission soll zunächst aus hervorragenden Männern sämtlicher Nationen, die für diesen Zweck ernannt werden, bestehen. Später soll sie einen mehr repräsentativen und demokratischen Charakter erhalten. Der Plan der französischen Regierung geht hier weiter und nimmt Bezug auf die militärische Lage.

Folgen der Gaifreundschaft.

Amsterdam, 20. Dezember. Wie ein hiesiges Blatt aus London meldet, haben sich die Arbeiter in Havre (Normandie) geweigert, den holländischen Dampfer „Gemkrone“ zu laden, weil der deutsche Kaiser sich in Holland aufhält.

Mißtrauen gegen Deutschland.

Bern, 19. Dezember. Im Schweizer Nationalrat wurde ein Antrag eingebracht, der vom Bundesrat die Kündigung des Niederlassungsvertrages mit Deutschland verlangt, um die Fremdenkontrolle schärfer handhaben zu können.

Aus Luxemburg.

Luxemburg, 20. Dezember. Die „Central News“ melden aus Paris: Nach Berichten aus Luxemburg ist die Abkündigung der Großherzogin in der ersten Hälfte des Januar zu erwarten. Die Kammer wird dann über die Gründung einer Republik oder einer Personalunion mit Belgien sich entscheiden.

Blutige Unruhen in Spanien.

In Barcelona, Bilbao und anderen Städten kam es zu ersten Unruhen; es gab Tote und Verwundete. Romanones schlug dem König die Aufhebung des Parlaments vor. Ueber Katalonien wurde der Kriegszustand verhängt.

Eindrücke aus Süddeutschland.

Frankfurt.

Die Bahnen sind unheimlich überfüllt, meistens Militär, mit viel Gepäck. In den Zweiter-Klasse-Wagen des Schacklagers haben sich allmählich 14 Personen zusammengefunden, darunter mehrere Offiziere. Immer wieder ist man erstaunt, wie wenig die Soldaten, Offiziere wie Mannschaften, über den Umstand aufgebracht sind. Die meisten sind sehr ruhig, haben Glauben. Ein Mann erklärt mir eifrig, daß seine ganzen Kameraden hinter Ober-Gauche hängen, den er offenbar für eine Person hält. Ich versuche aufzuklären zu wirken und höre auf den beständigsten Widerspruch bei den Offizieren. Die alte Sache: Die Front hat gehalten, noch 14 Tage, und die Gegner wären kriegsmüde gewesen. Müde und enttäuscht gibt man schließlich den Kampf auf. Nach zwanzigtägiger Fahrt komme ich nach Frankfurt.

Man merkt sofort, daß hier süddeutsche lebendige Luft weht. An den Strahnenbahnen haben expressionistische gezeichnete, kunstvolle Anschläge und Verkleidungen in flammenden Worten die neue Zeit. Man merkt Süddeutschland, und ist erfreut, aus den trodden, Berliner Ordnung- und Arbeitsplätzen herauszukommen. Riesengroß grüßt einen immer wieder eine Brautengstalt mit wechender roter Fahne und der Umhüllung:

„Ach Schwinge die Fahne in leuchtendem Rot! Ich bringe die Freiheit, ich ende die Not!“

In meterhohen Plakaten werden die Geliebten im Namen der Freiheit und der sozialistischen Republik begrüßt. Ueberall Schwung und Freude.

Die im Zuge geborenen Mächte über ungläubliche Plakate werden beim ersten Eindruck auf das wirkliche Maß reduziert. Energievolle Plakate des neuen sozialistischen Weltgeistes denken können aufmerksamer, daß bei Veränderungen unweigerlich Maschinengewebe in Aktion treten, und weiter daß man die

Carl Hauptmann: Die armenigen Besenbinder.

zum 1. Male in der Volksbühne am 20. Dezember.

Wenn Friedrich Schiller das „alte Märchen“ von den armenigen Besenbindern überhaupt schon aufführen wollte, dann wären die Weihnachtstage der rechte Zeitpunkt dafür, denn Weihnachtstage oder Revolutionsweihnachten: in den Menschen bleibt das Verlangen nach Märchenhaftem, nach dem Eisenpulver der Wunderkräfte, nach irgendeiner leichterlichen Bekleidung durch Sankt Nikolaus. Wenn Friedrich Schiller die Aufführung einzig und allein so aufs Weihnachtsliche und Märchenhafte gestellt und das Stück für die erwachsenen Kinder gespielt hätte, ohne dabei Anspruch auf höhere oder gar höchste Kunst erheben zu lassen, dann wäre ihm der Abend mehr zu danken. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß der laute Erfolg der „Besenbinder“ durch die allgemeine Weihnachtsstimmung bedingt war und nicht durch ihren besonderen künstlerischen Wert.

Carl Hauptmann zeigte sich vor der Kompe und dankte für den Beifall, ohne gerufen worden zu sein. Er zeigt sich auch als Dichter vielleicht öfter als er gerufen wird. Jahreslang stand er im Schatten des Bruders Gerhart, und eine ihm treue Gemeinde nahm sich des „Verlammten“ an. Das war nicht mehr als recht, aber falsch war es, daß sie ihn über den Bruder erhaben und ihn über Verdienst pries. Denn Carl Hauptmann ist zum mindesten als dramatischer Dichter kein Großer, und was seine Kunst vermag, ist nicht so hoch gewachsen, daß es tauschender Bald wäre, wie es das „Doppelte“ ist im Vergleich zu den „Besenbindern“. Carl Hauptmanns Kunst streut Blumen auf die Wege, aber unter den leuchtenden, blühenden sind immer viele weise und kluge. Seine Phantasie ist stark im Willen und im Gefühl, aber allzuoft überwiegt der Wille und sein Werk ist schwach. Er zingt nach einem besonderen Stil seiner Kunst, die sich von der Wirklichkeit abheben möchte inmitten der Wirklichkeit, aber nur selten findet er doch den Weg über den Alltag hinaus.

Die „armenigen Besenbinder“ sind das beste Beispiel dafür, weil sie Carl Hauptmanns stärkste Seite und seine Schwäche zeigen, weil sie im einzelnen unfaßbar warm und guten Herzens sind und doch als Kunstwerk in seiner Gesamtheit die nicht einheitlich gebunden ist, kalt lassen und das Kunstgefühl zerschlagen, wo sie heben sollen. Das Werk zerfällt, und manche von den Broden —

nicht immer die Feinsten — sind verdoert, das nicht aus dem Ofen eines Dichtermehrs, sondern eines Dandversteckens kommt. Gar manches, was als Phantasie auftritt, ist Schablone und im besten Falle Kackelbildung. Die Geschichte der armenigen Besenbinder, in denen die gedrückte Menschheit zu Wort kommt mit all ihrer früheren Lebensnot und dem „großen Klang von innen“, ist ein wunderbares Märchen. Man muß es lesen und sich vorlesen, denn es ist das Wie und nicht das Was, von dem ja bei allen Märchen die Wirkung ausgeht.

Auf der Bühne fand gestern Abend einer, dem der Dichter Carl Hauptmann von Bergen danken muß für das, was er gab. Denn er sagte die Worte des Dichters auf und gab ihnen einen besonderen Klang, er machte alle Tore auf bis ins Märchenland, und wählte dabei die Spalten und Risse gut verschlossen zu halten, durch die ein fremder, eifriger Zug in die Dichtung hereintritt. Guido Herzfeld spielte den alten Besenbinder Kasche mit einer Wärme, die nirgends nachließ. Er gab dem irdischen Menschen mit all seinen Fehlern und Daffern eine Verklärung und ließ sie wirken, daß Armut und Verbrechen sich auflösen und nur eine reine Güte und seelischer Reichtum dastanden. Wenn Herzfelds Leistung nicht überall und selbst vollkommen war, dann lag's nicht an ihm, und man hat nach dieser Verklärung des Menschen durch ihn nur den einen Wunsch, einmal einen Größeren, als Carl Hauptmann, einmal Tolstoi von ihm schauspielerisch gehalten zu sehen.

Es ist selbstverständlich, daß neben solcher Leistung auch ein Schauspielersches an Wirkung verlor, und daß das Schlichte doppelt kläglich wirkte. Der Sohn, Johannes Sabundus (Eduard Kolbauer), der ausgezogen ist, um das Glück zu suchen, der Heiland der Besenbinderleute, der große Herr mit den Schänen der Welt, fand kostlich, und das Singen seiner Stimme war eifriger Singang, seine Bewegungen leer und fade. Die jüngste Tochter, das Märchenkind Rapunzel (Lucie Rausch), war zwar kind aber vom Märchen spürte man nichts. Der Herr Kammersekretär wurde von Julius Sachs so gut gespielt und herausgearbeitet, wie es diese Schablonefigur irgend gekonnte. Eigenartig und bedeutsam war schauspielerisch der blöde Herr des Hans Brahm, der eine Braughelische Pauernfigur in der Feinheit von Rodde und Geste auf die Bühne stellte, die her an sich leeren Volkshausgenes Gefühl gab.

Dr. Paul Wegand führte die Regie. Man kann ihm nicht nachrühmen, daß er besonders geschaffen habe. Im Gegenteil,

B. R. ...

Wahlrecht für Deutsch-Oesterreicher.

B. R. Die provisorische Nationalversammlung für Deutsch-Oesterreich nahm gestern einen Antrag entgegen, der zum Inhalt hat, den in dem Gebiet des Landes lebenden Reichsdeutschen das Wahlrecht zur Nationalversammlung zu verleihen.

Es will damit auch die nationale Zusammengehörigkeit mit den Deutschen praktisch betätigen.

Obne Zweifel wird dieser Antrag angenommen werden und unsere Reichsdeutschen werden in dem Lande, in dem sie leben und wirken, das politische Bürgerrecht ausüben können.

In Deutschland leben sehr viele Angehörige Ost-Oesterreichs, darunter ein großer Teil Deutsch-Oesterreicher.

Eine sehr große Zahl von sogenannten „Ost-Oesterreichern“ ist hier in Deutschland geboren und erzogen worden und die als „rückfällige“ Landesfinder angesprochen werden können.

Außerdem leben viele Oesterreicher seit langen Jahren in unserer Mitte, haben sich hier Haus und Familie gegründet und sind in vielen Fällen mit deutschen Frauen vermählt. Die sind mit unseren Verhältnissen aufs innigste verflochten und nehmen lebhaften Anteil an den Geschicken des Landes.

Nun läßt der Einwand, daß gegen Tschechen, Polen, Ungarn usw. eine Opposition sich erheben würde, wenn man diesen das Wahlrecht zugesprochen würde.

Viele dieser sogenannten Tschechen, Polen usw. sind eigentlich Deutsche, die nur fälschlicherweise diesen Nationen zugerechnet werden.

Nun bleiben aber solche „echte“ und „reine“ Deutsch-Oesterreicher übrig, denen man bedenkenlos das Wahlrecht zur Nationalversammlung einzuräumen könnte und sollte.

Das wäre zunächst eine Gegenleistung an Deutsch-Oesterreich, die freiwillig dieses Staatsrecht unseren Volksgenossen sicherstellen würde.

Es wäre aber weiter ein Gebot politischer Klugheit, wenn wir das Wahlrecht den in Deutschland lebenden Deutsch-Oesterreichern wenigstens geben würden.

Es würde sich auch die nun an der Wahl beteiligten, die ein Interesse für unser Land haben. Und die können und nur willkommen sein.

Wenn man dieses Recht nicht generell gewähren würde, so könnte verlangt werden, daß jeder ehemalige Oesterreicher einfach eine Erklärung abgibt, daß er auf dem Boden der deutschen Republik steht und sich als getreuer Sohn des deutschen Volkes fühlt.

Es wäre gut, wenn dieser Vorschlag von den kompetenten Stellen diskutiert und in Erwägung gezogen wird, auf daß eine solche Entscheidung im Sinne dieser Anregung erfolgt werden könnte.

Freiheit für die studierende Jugend.

Das Kultusministerium teilt mit:

Nachdem bestimmt worden ist, daß alle Staatsangehörigen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, das Wahlrecht für die Nationalversammlung besitzen, ist den wahlberechtigten Schülern und Schülerinnen der höheren Lehranstalten und der Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten unter Aufhebung der bisher entgegenstehenden Bestimmungen die Beteiligung an politischen Vereinen und Vereinigungen in demselben Maße wie allen übrigen Staatsbürgern zu gestatten.

Die neutrale Zone.

Die Einteilung der zehn Kilometer breiten neutralen Zone entsprechend dem Besatzungsgebiet der alliierten Truppen ist erfolgt, daß vier Abschnitte entstanden sind: Abschnitt 1 umfaßt das Gebiet von der holländischen Grenze bis zum Nordrand des Brückenkopfes Köln, bei Ratingen; Abschnitt 2 das daran anschließende Gebiet bis zur Ecke zwischen dem Brückenkopf Köln und Koblenz einschließlich Dornier; Abschnitt 3 geht bis zur Ecke zwischen dem Brückenkopf Koblenz-Weing einschließlich Porz; Abschnitt 4 umfaßt die ganze neutrale Zone von da ab bis zur Summe.

In Abschnitt 1 ist sich der Kommandantur Wesel. Die Besatzung besteht aus einem Bataillon Infanterie in Wesel und einem Bataillon in Düsseldorf sowie einer Eskadron in Wesel. Die Kommandantur des Abschnitts 2 ist Wipperfurth; die Besatzung besteht aus einem Bataillon Infanterie in Wipperfurth und einer Eskadron in Wipperfurth.

Die Besatzung, daß jeder Verstoß auf den Straßen nach 11 Uhr gestattet ist. Der Allgemeinindruck: mühsamste Ordnung und Ruhe. Der Bahnhof ist besetzt von den Truppen der Arbeiterwehr. Alle älteren Jahrgänge, die auf die unaufrichtlichen Fragen der Reisenden über die Besetzung ruhig und lächelnd verneinend antworten.

Im Westend flaniert das Büttchen nach den ersten Stunden des Schreckens ruhig seine alten Wege und schneidet wie überall über die Revolution. Man fürchtet ungewisser den Volkswillen, die Sozialisierung, und man schimpft wie wahnhaftig auf die Macht und meint Übert.

Abends habe ich eine längere Besprechung mit dem mehrheitlich sozialistischen Polizeipräsidenten Dr. Singheim, einer unheimlich sympathischen Erscheinung, Blick und Ton ein wenig zu sehr auf den „Volkswillen“.

Wir unterhalten uns lange über den Wahlkampf. Ich zitiere einen Artikel von Singheim, den ich in der „Volkstimme“ gelesen habe und der mich bei seiner scharfen Fassung, bei der ablehnenden Forderung nach Ausbau des Wahlsystems, ungewöhnlich interessiert hat. Ich weise darauf hin, daß dies nicht die Sprache des „Vorkriegs“ ist. Man antwortet mir, daß man in ganz Deutschland den Bruderkampf allgemein bedauere und nicht sehr wünscht, als die Vereinigung der beiden streitenden Parteien. Man habe schon erkannt, daß es sich hauptsächlich um eine Verianfrage handele. Eben hat die „Frankfurter Zeitung“ den „Vorkriegs“-Schwund mit den A- und S-Mäten aufgedeckt. Die Entzweiung des „Vorkriegs“ und der Stämpfer-Scheidemann-Claque findet höchste Verurteilung. Ebenso die Vorkriegsbegeisterung für die Nationalversammlung.

Die optimistischen Berliner Ausichten für den Wahlkampf werden nicht ohne weiteres geteilt. Singheim erzählt viel von der Rührigkeit des Bürgertums, das nach der ersten Verdrängung im Särgen um seine heiligsten Wüter sich aufrappelt und mit allen möglichen „demokratischen“ Parteien nicht ohne Erfolg auf einen Stimmentzug geht. Immer wieder kommt er auf seine Wahlpläne über, die Einigung der Partei, zurück.

Erläuternde Einzelheiten berichtet er aus der Frankfurter Revolution, die mit dem Eintreffen von 200 Matrosen begann und fast einwöchigen Augenblick entbe.

Es bedauert wird die mangelhafte Verbindung mit Berlin. Die dortigen Zeitungen treffen in Frankfurt ein, ab und zu der „Freiheit“ und „Volkstimme“ sind nicht zu haben, die „Volkstimme“ unbekannt. Die widerliche Haltung der Bürger-

schaffung besteht aus einem Bataillon Infanterie in Remscheid, einer Eskadron in Wipperfurth und einer Eskadron in Sittorf. Die Kommandantur für den dritten Abschnitt liegt in Westerburg. Die Besatzung setzt sich zusammen aus einem Bataillon Infanterie in Hachenburg, einem Bataillon in Limburg und einer Eskadron in Westerburg. Die Kommandantur des letzten großen Abschnittes ist in Karlsruh. Die Besatzung besteht aus einer Eskadron in Domburg, einem Bataillon Infanterie in Frankfurt, einem Bataillon Infanterie in Darmstadt, einer Eskadron in Darmstadt, einem Bataillon in Mannheim, einer Eskadron in Schwetzingen, einem Bataillon in Karlsruhe, einer Eskadron in Karlsruhe, einem Bataillon in Lahr, einer Eskadron in Lahr und einer Eskadron in Rastatt.

Die 450 000 Franken.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die Zeitung „Freiheit“ schreibt, daß Richard Müller vom Volksgesetz die Erklärung abgegeben hätte, er hätte die 450 000 Franken im Schloße beschlagnahmt, während der „Vorwärts“ schreibt, Koltenbühne hätte 460 000 Franken im Schloße beschlagnahmt.

Im Irrtum zu verweilen bitte ich zu erklären, daß weder Müller noch Koltenbühne irgendwo mit dieser Geldangelegenheit im Schloße zu schaffen hatten, sondern lediglich ich bin es gewesen, der dieses Geld, die 450 000 Schweizer Franken, im Schloße einem Mann, der dort abzuwohnen und in dem Vahel Wähler zu haben, abgenommen, und sie dem Eitich, zwecks Abführung an den Volksgesetz abgegeben habe.

Helig Stewert, Koltenbühner Str. 37.

Warnung vor Zuzug nach dem Industriegebiet.

Das B. L. V. verbreitet folgende Mitteilung: Ueber die Frage des Arbeitsmarktes herrschen überall im Deutschen Reich so unrichtige Vorstellungen, daß es dringend geboten ist, sie richtig zu stellen, um nach Essen ziehende Personen vor Enttäuschung zu bewahren. Noch vor wenigen Wochen als die Firma Krupp in größerem Umfang Arbeitsentlassungen vornahm, als die Gefangenen die Arbeit verließen und Hilfsdienstpflichtige in ihre Heimat zurückkehrten, erlitten der Arbeitsmarkt auf lange Zeit empfindliche Einbußen. Dieses Bild hat sich in übertrieben kurzer Zeit in das gerade Gegenteil verwandelt, nachdem der Wiedereintritt der heimkehrenden Krieger in die Arbeit sich bemerkbar machte. Heute zeigt sich völliger Mangel an Stellenangeboten. Etwa 700 kaufmännische Bureauangehörige sind als arbeitslos im Arbeitslosenverzeichnis eingetragen. Die in ihren Kriegseinstellungen gekündigten Frauen belasten auf das empfindlichste den Arbeitsmarkt.

Der Bergbau über und unter Tag ist wenigstens im Stadtbezirk Essen nahezu befriedigt. Die wenigen offenen Stellen werden in kurzer Zeit von Ortsbewohnern besetzt sein. Mit Notstandsarbeiten muß scheinbar begonnen werden, damit die Erwerbslosen für die nur im äußersten Notfall beansprucht zu werden braucht. Es kann bei dieser Sachlage nicht genug darauf gewarnt werden, nach Essen zu kommen und sich in der Hoffnung auf Erwerb täuschen zu lassen. Ohne irgend welche Rücksichtnahme auf Ortsfremde kann die Fürsorge für Lebensmittel und Arbeit nur solchen Personen zuteil werden, die vor dem Kriege in Essen feste Wohnung und Arbeit gehabt haben. Nur unter dieser Voraussetzung werden auch die Erwerbslosenunterstützungen gewährt. Alle anderen müssen gemäß Erwerbslosenfürsorgegesetz in ihre Heimat zurückkehren werden. Man lasse sich nicht durch gemeinliche Vermittler, Zeitungsanzeigen und dergleichen verleiten, nach Essen zu kommen.

Die Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland.

Die Kommission zur Untersuchung der Anklagen wegen Verleumdung der Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland hielt unter Vorsitz des Professors Schäding am Mittwoch eine weitere Sitzung ab. Es wurde beschlossen, zwecks rascher Aufklärung der Vorgänge im Gefangenenlager Langensalza zwei Beamten dorthin zu entsenden. Ferner wurde das Transporthilfsmittel im Lager Brandenburg, bei dem im Jahre 1917 mehrere Gefangene ums Leben gekommen sind, ein Vorgehen, der Gegenstand schwerer Vorwürfe in einem Weißbuch der englischen Regierung geworden ist, erörtert. Der Sachverhalt soll durch Vernehmung weiterer Zeugen aufgeklärt werden.

lichen Blätter, insbesondere des „B. L. V.“, hat ungemein verheerend gewirkt und überall den Eindruck geschaffen, daß in Berlin Nord und Ostschlag an der Tagesordnung sei. Immer wieder wird betont, wieviel Schuld auch der „Vorwärts“ durch seine Spionagehefte auf sich geladen hat. Der Volksgesetz erzählt noch von seiner Zusammenarbeit mit dem Arbeiterrot, die reibungslos und glatt verlaufen gehe. Ich nehme Abstand mit dem Eindruck, daß hier gute und ganze Arbeit geleistet wird. Der Eindruck verbleibt sich, als ich einer öffentlichen Versammlung der Jugend beizuwohne, in der als Hauptredner der Volksgesetz in unheimlich aufsehenerregender Weise über die Revolution spricht. Ueberhaupt scheint gute Vorkarstellung der Mehrheitssozialisten geleistet zu werden. An dem einen Sonntag 22 Versammlungen für Frauen.

In der Stadt herrscht große Katerstube. Man befürchtet immer wieder die Besetzung der reichen Stadt durch die Entente. Bisher ist aber gibt es auch Kreise, in denen die Hoffnung auf die Besetzung überwiegt. Immerhin tun die Gewerkschaften aus den besetzten Gebieten auch hier ihre Wirkung. Trotz dringenden Abrotens will ich versuchen, nach Koblenz zu kommen.

Hilfed Bergen.

Fort mit dem Kriegsjahnd!

Gegen die Verräter am Geist der Jugend.

Wir haben die Arbeit der Deutschen Prüfungsausschüsse für Jugendchriften immer mit lebhaftem Interesse begleitet und freudig ihnen unsere Anerkennung gesagt, wo sie den vergiftenden patriotischen Mist ebenso zu weibe ging wie den Aia Carter-Heften und Indianerschmökern. Mit Bedauern müssen wir aber jetzt feststellen, daß offenbar die Ausschüsse vom neuen Geist der neuen Zeit noch nicht erfasst sind. Wahrhaftig keine Institution des öffentlichen Lebens hätte es mehr nötig nach all den Leiden und geistigen Verberungen, die der Krieg in den Köpfen und Herzen der Menschen angerichtet hat, sich zum neuen Geist des Friedens und des internationalen Rechts zu bekennen und die Züchtung kriegerischen Heldentums und prächtlicher nationaler Verberung abzuweisen als die Jugendberziehung. Es muß eine Verwirklichung der Parolebegriffe bei der Jugend erzogen, wenn die Verherrlichung des Krieges in den sogenannten vaterländischen Schriften noch weiter ihren Spuk treiben darf. Eine ganze Reihe solcher kleiner Schriften zeigt das neue Verzeichnis der „empfehlenswerten“ Jugendchriften noch auf, und wir möchten

Pollische Nachrichten.

Die preussische Regierung hat den Genossen Adolf Hoffmann zum Bevollmächtigten Bevollmächtigten im Bundesrat ernannt. — Im Anschluß daran können wir mitteilen, daß es dem Genossen Hoffmann etwas besser geht und der Frage die Hoffnung ausgesprochen hat, den Patienten nunmehr durchzuführen.

Esagen über Oesterreich. Der Gesandte der deutsch-österreichischen Republik in Berlin de mentiert formell auf Grund eingegangener Informationen den ganzen aus dem Wiener „Freundenblatt“ übernommenen Bericht über ein angeblich geplantes Bündnis der Staaten, welche sich auf dem Gebiete der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie gebildet haben, sowie alle Schlußfolgerungen und Ausführungen, die daran geknüpft wurden.

Unter den norwegischen Arbeitern wird lebhaft Bewegung gemacht für einen dreitägigen Generalstreik als Protest gegen den Abbruch der Beziehungen Norwegens mit der Sowjetregierung.

Soziales.

Ausdehnung der Unfallversicherung.

Die Unfallversicherung ist bekanntlich durch Verordnung vom 12. Oktober 1917 auf diejenigen Gesundheitsbeschädigungen ausgedehnt worden, die bei Verletzung von Kriegsbedarf durch nitrierte Kohlenwasserstoffe entstehen und zum Tode führen. Jetzt ist die Unfallversicherung weiter auf die Todesfälle ausgedehnt worden, die durch Gasamstoffe und ihre Ausgasstoffe in gewerblichen Betrieben hervorgerufen worden sind. Auch die neue Verordnung gilt rückwirkend für die seit dem 1. August 1914 eingetretenen Todesfälle. Die Anzahl der zu entschädigenden Fälle soll nach den Erhebungen des Gesundheitsamts in einigen großen chemischen Fabriken glücklicherweise gering sein.

Gewerkschaftliches.

Differenzen in der Versicherungsbranche.

Zu einer imposanten Kundgebung schaltete sich die vom Zentralverband der Handlungsgehilfen getrennt nachmittags nach dem Aufgange eintreffende Versammlung der Berliner Versicherungsangehörigen. Kollege Fritz Schmidt erhaltete Bericht über die schon seit dem 2. Dezember gepflogenen Verhandlungen mit dem Zentralverband für Privatversicherung, der Interessenvertretung der 40 Groß-Berliner Versicherungsvereine. Während über die beiden ersten Forderungen der Angehörigen betr. Kündigung und Einstellung von Kriegsteilnehmern eine Einigung erzielt wurde, stehen sich die Unternehmer dem dritten Punkt der zentralen Regelung der Entschädigungsbestimmungen ablehnend gegenüber. Es handelt sich hier um die Herabminderung eines durch den Krieg verursachten unerschulderten Rohstandes, durch eine einmalige besondere Auszahlung von Seiten der durch den Krieg nicht geschädigten Gesellschaften. Nachdem nun zwischen dem Zentralverband der Handlungsgehilfen einerseits und der Unternehmerorganisation andererseits seit Wochen schon über eine zentrale Festsetzung der Höhe dieser Beihilfen verhandelt worden ist, erklärten die Unternehmer plötzlich in einem Schreiben vom 18. Dezember, daß diese einheitliche Regelung der Entschädigungssummen unmöglich wäre, daß sie vielmehr den einzelnen Betrieben überlassen bleiben müßte. Die Angehörigenorganisation konnte sich mit diesem Eingehen der Arbeitgeber nicht einverstanden erklären und verlangte — an der zentralen Regelung festhaltend — bis Freitag mittags 1 Uhr endgültigen Bescheid. Die nun gestern eingelaufene Antwort der Unternehmer lautet einer Ablehnung der zentralen Festsetzung der Entschädigungsbestimmungen gleich. Gegenüber dem Hinweis der Unternehmer auf die schon getroffene Abmachung im Metallgewerbe betonte Kollege Schmidt, daß ja im Metallgewerbe nie über die Höhe der Entschädigungssumme verhandelt worden ist. Die Zurückweisung der berechtigten Forderung an die einzelnen Betriebe bedeutet eine absichtliche Verschleppung; es kommt darauf an, daß die Angehörigen die Beihilfe noch vor Weihnachten erhalten! — Die 8000-köpfige Versammlung beschloß, den Unternehmern eine 24 stündige Bedenkzeit zu gewähren. Sollte am Sonnabend nachmittags in einer Plenarversammlung keine Verständigung erzielt werden, wollen die Angehörigen aller 40 Gesellschaften am Montag die von den Unternehmern herausgeforderte Kassaprobe mit aller Energie aufnehmen. Die Versammlung verpflichteten sich ferner, keine Sonderverhandlungen in den einzelnen Betrieben einzugehen, vor allem auch den Klagenbüchern der selben Organisation, des Münchener Verbandes der Versicherungsbeamten mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Am Sonntag mittags 12 Uhr soll am selben Ort (Lutzgarten) der Bericht über die letzten Verhandlungsversuche entgegengenommen werden.

nicht unterlassen, vor ihrem Anlauf für den Westnachschub zu sorgen. Wir lehnen beispielsweise den Englandstreifer und bewußten Untertan Herbeich mit seinem Radwerk „An Bord“ gang entschieden ab, der unseren Kindern einreden will, daß nur England „uns die Suppe eingebrockt habe“; der den deutschen David ermuntert, den englischen Goliath nicht mitten auf die Stirn, sondern auf den Kopf zu treffen; der behauptet, daß der Krieg zur Läuterung des Soziallebens führe, der nur von Jehu Bull mit der eleganten Püffelfalte spricht; der seine Kriegskomantik in schlechten Versen ausdrücken läßt.

Kriegsopferaten läßt uns auch das Kriegeslebuch von Thiene. „Neb Vaterland“ auf. Wirken diese Hefte schon 1914 auf jeden, der sie seinen guten Geschmack bewahrt hätte, abschließend wegen ihrer Bröckel und nationalsozialistischen Selbstherrlichkeit. Heute rufen sie helle Empörung auf: Der Schicksalengott, der selbstverständlich nur für die gerechte Sache Deutschlands kämpft, dessen „Kolonie Kassen liegen über denen, die im Gewirr des Krieges ihren Weg zur Kirche suchen“, der Krieg ist „Gottus Wunderswogen, der durch die Welt rumpelt.“ Neben den literarischen Selbstherrlichkeiten fehlen natürlich auch die hiesigen Schlupfwürmer über die feindliche Friedensdrehorgel, Englands Armeekontingente usw. nicht, und doch weiß heute jeder Denkende besser, daß unsere Diplomaten und Strategen uns mit Schande bedekten. Die können noch Bücher empfehlen werden, die den Ausreißer Wilhelm a's Helden feiern, der uns zum Siege führen wird!

Wir erinnern die Jugendchriftenauschüsse an den von ihnen selbst proklamierten Grundsatz, daß das Kunsterzeugnis (die Jugendchrift) keine Tendenz enthalten darf, und erwarten, daß sie unverzüglich an die Auswertung solcher, hiesigen verheerenden Jugendchriften aus ihrem Verzeichnis gehen. Bis dahin empfehlen wir den Eltern Nachsicht bei der Auswahl von Jugendwerken an Büchern, auch wenn sie von sonst guten Verlegern empfohlen sind, werten zu lassen.

Geistliche von der Front bringekehrter Schauspielers finden bereits in der kommenden Woche an den beiden Weihnachtsfesttagen und am Sonntag, den 24. d. Mts., nachmittags, bei halben Preisen im kleinen Schauspielhaus mit freudiger Bewilligung Rog Reinhardt hat. Die Aufführungen heißen „Wilsener Fuch“ „Gaudenreiter“ an den Feiertagen und „Gaudenreiter“ am Sonntag. Die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger beginnt damit den Rufus der von ihr im Interesse der bringekehrten Schauspieler veranlasseten Verhandlungen.

